Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Fernruf Nr. 20. Postscheckkonto Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 58.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

№ 158. Mittwoch, 10. Juli 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und bar oder auf Konto zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (5 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 90 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getrennter und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag zwangsweise eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Sagt's an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 89

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Landtag zur Regierungserklärung.

Das sächsische Kabinett Bünger bleibt.
Die Altsozialisten rufen den Staatsgerichtshof an.

fk. Dresden, 9. Juli.

Auf der Tagesordnung steht die

Aussprache über die Regierungserklärung

in Verbindung mit dem kommunistischen **Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Bünger.**

Den Reigen der Redner eröffnete Abg. **Böchel** (Soz.): Das Kabinett Bünger sei unter so eigenartigen Umständen ins Leben getreten, daß es schwer falle, bei dieser Affäre den rechten Ernst zu wahren. Redner erinnert an die Auseinandersetzungen zwischen Dr. Bünger und Heldt und Dr. Bünger und Dr. v. Fumetti, sowie an den Fall Schreiber in Meißen. Von einer Regierung von Fachministern könne man nicht reden. Weder Dr. Bünger als Kultusminister noch Weber als Finanzminister könnten als Fachminister angesprochen werden. Die bürgerlichen Parteien hätten sich bei der Regierungsbildung nur von persönlichem Ehrgeiz und der nacktesten Interessenpolitik leiten lassen. Wenn der Regierung Bünger wirklich nicht mit 49 Stimmen das Mißtrauen ausgesprochen werden sollte, dann werde sie auch nicht 49 Stimmen für die Vertrauensfrage erhalten. (Abg. Dr. Blüher: Haben Sie denn einen Ministerpräsidenten mit 49 Stimmen?) Hätten die Kommunisten wenigstens ihren Max Hölz als Ministerpräsidenten gewählt und nicht weiße Zettel abgegeben, dann wäre es nicht zur Wahl eines Reaktionärs gekommen. Von Herrn v. Mücke habe die „verruchte Sozialdemokratie" erst heute wieder einen Brief erhalten, in dem der Vorschlag gemacht werde, mit den Nationalsozialisten ein politisches Geschäft zu machen und, falls heute die Regierung Bünger gestürzt werde, mit den Nationalsozialisten eine Koalition einzugehen. (Hört! Hört!) Seine Partei lehne die Große Koalition nicht grundsätzlich ab, für sie sei aber eine jede Koalition nur Mittel zu dem Zwecke, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Solange die bürgerlichen Parteien sich nicht bereit zeigten, die sozialdemokratischen Forderungen zu bewilligen, würden seine Freunde ihren scharf ablehnenden Standpunkt gegen jede Regierung mit bürgerlichen Ministern nicht ändern. Seine Freunde würden dann auch für den Mißtrauensantrag stimmen.

Finanzminister Weber

weist die Behauptung des Vorredners, er, der Finanzminister, verstehe es sehr gut, aus den Mitteln des ganzen Staates und Volkes den Säckel seiner eigenen Partei zu füllen, als eine Ungeheuerlichkeit auf das schärfste zurück.

Abg. Renner (Komm.)

bezeichnet die Wahl Büngers als gesetzwidrig. Es sei möglich, daß die Altsozialisten, die bisher in der Opposition gestanden hätten, heute nach dem abgegebenen Schreckschuß einer drohenden Landtagsauflösung einlenken und gegen den Mißtrauensantrag stimmen würden. Die Regierungserklärung basiere auf ungesetzlicher Grundlage. Er betrachtet das Kabinett Bünger als ein Uebergangskabinett, das von der gerade so reaktionären Großen Koalition abgelöst werden soll. Zum Schluß behauptet Redner, Liebmann müsse heute wegen angeblichen Krankseins fehlen, um das Kabinett Bünger zu retten.

Abg. Dr. Blüher (WVg.):

In der Presse, besonders in der sozialdemokratischen, werde jetzt unter Hinweis auf seine (des Redners) Aeußerung im Verfassungsausschuß der Versuch unternommen, die Wahl Büngers als ungültig hinzustellen. Die sozialdemokratische Presse denke aber aus seiner Rede nur das, was ihr passe. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß weiße Stimmzettel bei der Berechnung der Mehrheit nicht mit zu zählen seien. Auch nach der Reichsverfassung gelten weiße Zettel nicht bei der Berechnung der Mehrheit. Das Märchen von der Ungültigkeit der Wahl Büngers sollte man auf die Vogelwiese verweisen. (Heiterkeit.) Es werde wahrscheinlich nicht zu umgehen sein, daß die Regierung Bünger mit wechselnden Mehrheiten werde arbeiten müssen; die Parteizersplitterung in den Parlamenten erschwere eben die Arbeit außerordentlich. Die Politik sei eben die Kunst des Möglichen; und wenn Böchel frage, was die Regierung hinsichtlich der sozialen Forderungen der Sozialdemokraten tun werde, so könne man überzeugt sein, daß die sächsische Regierung dasselbe tun werde, wie die preußische und die Reichsregierung. Die Minister Dr. Richter und Mannsfeld seien doch im ganzen Leben keine Politiker (Heiterkeit); die Politik werde der Ministerpräsident machen. Die politische Aufgabe, die uns bevorstehe, sei die Reform der Reichsverfassung. Die Erfahrung lehre, daß manchmal Kabinette, denen man ein sehr kurzes Leben prophezeite, sehr lange gelebt haben.

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtschaftspartei)

tritt in der Hauptsache den Ausführungen des Vorredners bei. Seine Partei gewähre dem Ministerpräsidenten fair play und werde ihm, nachdem sie ihn gewählt habe, treue Gefolgschaft leisten. Großen Wert lege seine Partei darauf, daß der Etat nicht überzogen werde. Der Landtagstöter Neu habe für seine Partei ganz andere Erfolge erwartet, als sie die Wahl gezeitigt habe. Unverständlich sei die Haltung der Nationalsozialisten, die dem Ministerpräsidenten in den Sattel halfen und nun an der Seite der Linken den Etat gefährdeten.

Abg. Dr. Eberle (Deutschnational)

bemerkt zur Regierungserklärung: Böchel sei bei der Betrachtung der Vorgänge der Regierungsbildung an der Oberfläche geblieben. Wenn er der Meinung sei, daß die Vorgänge eine Quelle der Heiterkeit nicht nur für Sachsen waren, so wäre er wohl vorsichtiger gewesen, wenn er bedacht hätte, daß diese Heiterkeit auf Kosten der Demokratie gehe. Denn die Wahrheit sei, daß die Demokratie eine Schlacht verloren habe, wenigstens das System, daß man in Deutschland seit der Revolution Demokratie nenne. Die unglücklichen Vorgänge müßten einem ernstlich Denkenden klarmachen, daß das freieste Wahlrecht der Welt und die von ihm geborenen Parteien nicht fähig waren, eine Regierungsmehrheit sicherzustellen. Versagt hätten insbesondere die Sozialdemokraten. Sie redeten von der Großen Koalition, aber sie seien unfähig, sie herzustellen. Versagt hätten auch die Demokraten, die an ihrer Forderung auf das Ministerium die Einigung scheitern ließen. Die Lehre der Vorgänge sei die, daß die Revolution versucht habe, fremde demokratische Einrichtungen nach Deutschland zu verpflanzen, wohin sie nicht gehören, weil sie nicht hinpassen. **Die Lehre sei die, daß der Volkswille, der nach der Verfassung maßgebend sein soll, sich in der Parteizersplitterung nicht bilden könne, wie sich ja auch im Reiche zeige.** Seine Freunde **begrüßten in der Regierungserklärung**, daß sie darauf Bedacht nehme, daß Sachsen im Verhältnis zum Reiche die Selbständigkeit behalte, die nötig sei, zum Schutze des Eigenlebens des sächsischen Volkes, insbesondere in seiner Kultur und Wirtschaft. Das sei aber nur möglich, mit festen Steuergrenzen zwischen Reich, Staat und Gemeinden, durch Wiederherstellung der eigenen Steuerhoheit in allen drei Instanzen. Der Weg zur Reichseinheit über die Steuerdiktatur von Berlin sei ein Holzweg. Die Einheit könne nur kommen aus der Ordnung, die jedem das Seine gibt.

Abg. Schladebach (Sächsisches Landvolk)

erwarte von der Regierung, daß sie der Landwirtschaft in ihrem schweren Existenzkampf jede mögliche Erleichterung und Unterstützung zuteil werden lasse.

Abg. Dr. Dehne (Demokrat)

erklärt, für seine Partei stehe die Gültigkeit der Wahl Büngers fest. Manche Parteien hätten es noch nicht gelernt, das etwas schwierige parlamentarische System zu meistern. Nur eine Minderheitsregierung der Mitte, die die Möglichkeit hätte, mit wechselnden Mehrheiten zu arbeiten, sei der eigentliche Sinn der Wahl. Seine Partei bedauere, daß sich die Sozialdemokratie nicht zu dieser Erkenntnis durchgerungen habe. Bedauerlich sei es, daß sich Dr. Bünger der Bedingung der Nationalsozialisten gebeugt habe, den Demokraten weder das Innen- noch das Volksbildungsministerium zu übergeben. Wir stehen der Regierung abwartend gegenüber. Wir würden sie aber nicht einen Augenblick weiter halten, wenn sie etwa rassenhetzerische Bestrebungen der Nationalsozialisten unterstützen würde.

Abg. Kunz (Nationalsozialist):

Die Rede Dr. Dehnes habe bewiesen, daß die demokratische Partei in den beiden erwähnten Ministerien den Schlüssel der Macht sehe. In der Geschäftsstelle der Nationalsozialisten in Zwickau seien unter Apelts Regiment innerhalb drei Wochen nicht weniger als 11 Haussuchungen erfolgt. Die Fortsetzung dieser Politik haben wir den Herren unmöglich gemacht. Seine Partei werde darauf sehen, daß das Kabinett die Interessen des Volkes wahre.

Abg. Mack (Volksrechtpartei)

verliest eine Erklärung, in der es heißt: Durch das Kabinett Bünger versucht die Deutsche Volkspartei als Vertreterin des Großkapitals die Macht an sich zu reißen. Den gemeinsam geführten Wahlkampf des gesamten Bürgertums hat sie mißachtet und die Vertreter der Sparer, Rentner und der erwerbstätigen Schichten von der Leitung der Staatsgeschäfte ausgeschaltet. Mit der Behauptung, daß es eine Regierung hervorragender Fachmänner sei, wird die Bevölkerung über die wahre Bedeutung der Regierung getäuscht. Ein erheblicher Teil der Deutschen Volkspartei will die „Große Koalition", die die Hälfte der Staatsgeschäfte in die Hände der SPD. gibt. Wir wollen der Deutschen Volkspartei keinen Rechtfertigungsgrund geben, einen solchen Verrat am Bürgertum zu begehen. Wir stimmen daher nicht für das Mißtrauensvotum, sondern werden uns der Stimme enthalten. Die Regierungserklärung erhält Versprechungen an sämtliche Berufsstände in Art eines Wahlkampfflugblattes, aber nicht eine einzige Gesetzesankündigung zur Verwirklichung derselben. Wir benutzen die Parteikonstellation, um unter Duldung der jetzigen Regierung unsere Forderungen durchzusetzen und nach der Haltung der Regierung zu diesen richtet sich unsere zukünftige Stellungnahme.

Auf den Vorwurf des Abg. Herkel (S.), der jetzige Minister Dr. Richter habe sich bereits beim Kapp-Putsche und beim Einmarsche des Generals Müller politisch betätigt, erklärt **Innenminister Dr. Richter**, er habe damals nur als Beamter seine Pflicht erfüllt, als er gerufen worden sei.

Abg. Buck (Altsoz.)

erklärt: Mit Rücksicht darauf, daß das beim Sturz der Regierung erneut in Unruhe versetzt würde, aber unbeschadet unserer Rechtsauffassung über die Bildung der Regierung, werden wir dem Mißtrauensvotum nicht zustimmen, werden **aber die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anrufen.**

Hierauf wurde zur

Abstimmung über das Mißtrauensvotum

geschritten. Auf Antrag fand namentliche Abstimmung statt. Präsident Weckel gab bekannt, daß das Mißtrauensvotum angenommen ist, wenn mindestens 49 Stimmen, d. h. mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten, für das Mißtrauensvotum abgegeben werden. Die Abgeordneten Heldt (NSP.), v. Fumetti (Volksrechtpartei), Schreiber (Landvolk) und Liebmann (Soz.) fehlten. Letzterer hatte sich wegen Krankheit entschuldigt. Für das Mißtrauensvotum stimmten bekanntlich 44 Sozialdemokraten und Kommunisten, gegen das Mißtrauensvotum 41 Abgeordnete. Sieben enthielten sich der Stimme. Damit ist das Mißtrauensvotum abgelehnt. Der Stimme enthalten haben sich 4 Demokraten, 2 Antwerter und Dr. Bünger als Ministerpräsident.

•

Das Haus trat nach Erledigung des Mißtrauensvotums in

Weiterberatung des Etats

ein. Bei dem Kapitel Forsten hat die Regierung, den Antrag der Ausschußmehrheit auf Beseitigung des Systems der Gestellung von Dienstgeschirren auf Staatskosten für die Revierverwalter abzulehnen. Der Wirtschaftsminister ersucht um Ablehnung des kommunistischen Antrages, der eine Wiederaufhebung der Verordnung über Schon- und Hegemaßnahmen vom 15. Juni 1929 erstrebt. **Bei einem Bestand von mehr als 18 000 Reben, unter denen fast die Hälfte, nämlich 4037 Rebläuse sich befinden, sei es unumgänglich notwendig, für dieses Jahr ein Abschneiden der Rebtriebe erst nach Beendigung der Brunstzeit eintreten zu lassen.** — Die Beseitigung des Dienstgeschirrs wird beschlossen. Im übrigen wird die Einstellung bewilligt.

Bei Kap. 58 Staatsstraßen, Wege und Wasserwesen erklärt **Finanzminister Weber**, die Anträge des Ausschusses, die eine Höhereinstellung vorsehen, vertrügen sich nicht mit einer gesunden Finanzverwaltung. Auch der Antrag, die schwarz-gelben Straßen in staatliche Unterhaltung zu übernehmen, sie aber dem Eigentum der Gemeinden zu belassen, sei nicht durchführbar. Das Kapitel wird schließlich, entsprechend den Ausschußanträgen, erledigt, desgleichen eine Reihe anderer Etatkapitel.

Bei Kapitel 8, staatliche Kraftwagenlinien, werden auch die von der Regierung bekämpften Mehrheitsanträge angenommen, dafür zu sorgen, daß Angestellten und unteren Beamten, die gezwungen sind, zur Erreichung ihrer Arbeitsstelle die staatlichen Kraftwagenlinien zu benutzen, verbilligte Wochen- und Monatskarten in gleicher Weise ausgegeben werden, wie an die Handarbeiter. Desgleichen die weiteren Anträge, den Arbeitslosen für die Autobusfahrten zur Kontrolle die Hälfte des Fahrpreises zu berechnen und bei Schülern und Jugendfahrten dieselbe Preisermäßigung in Anwendung zu bringen, wie sie bei der Reichsbahngesellschaft in Geltung sind.

Bei Kapitel 24, Abt. C., Wirtschaftsministerium, stimmen die Kommunisten und Sozialdemokraten gegen das Gehalt des Finanzministers, das aber im übrigen wie die Einstellungen von der Mehrheit des Hauses bewilligt wird.

Die übrigen auf der Tagesordnung noch stehenden Kapitel und Titel werden ohne Aussprache nach den Einstellungen bezw. den Anträgen des Ausschusses erledigt.

Schluß der Sitzung ½8 Uhr.

Nächste Sitzung heute Mittwoch, nachmittags 1 Uhr. Tagesordnung: Weiterberatung des Etats.

•

Heute Mittwoch, den 10. Juli, mittags ½12 Uhr, findet im großen Sitzungssaal des Landtages eine gemeinschaftliche Sitzung der Haushaltungsausschüsse A. und B. zur kommissarischen Beratung über das Finanzgesetz 1929 und den Rechnungshofbericht für 1927 statt.